



Teil A: Verfahrensbedingungen

A. Auftraggeber	2
B. Vergabeunterlagen.....	2
C. Vergabeverfahrensart	3
D. Ablauf des Vergabeverfahrens	3
E. Zeitplan und Fristen des Vergabeverfahrens	4
F. Elektronische Abwicklung.....	5
G. Hinweise zur eingesetzten Verschlüsselung und Zeiterfassung	5
H. Verfahrenssprache.....	6
I. Unklarheiten, Fragen, Rügeobliegenheit	6
J. Datenschutz.....	7
K. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit	7
L. Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten	7
M. Eignungskriterien, Nachweise	8
N. Auswahl der Unternehmen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden	8
O. Nachunternehmer	8
P. Eignungsleihe	8
Q. Bewerber-/Bietergemeinschaften	9
R. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen	9
S. Anforderungen an die Teilnahmeanträge und Angebote	9
T. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss.....	9
U. Vergütung für die Teilnahme am Verfahren.....	10
V. empfohlene Ortsbesichtigung in der Angebotsphase.....	10
W. Hinweis auf Luftbilddauswertung	10



A. Auftraggeber

Auftraggeber im Rahmen dieses Vergabeverfahrens ist die **Stadt Blieskastel, Paradeplatz 5, 66440 Blieskastel**.

B. Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber stellt für das Vergabeverfahren die folgenden Unterlagen zur Verfügung (Änderungen und Ergänzungen im Laufe des Verfahrens bleiben vorbehalten):

- Teil A: Verfahrensbedingungen, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage A01: Eignungskriterien
 - o Anlage A02: Auswahlkriterien
 - o Anlage A03: Zuschlagskriterien
 - o Anlage A04: Informationen zum Datenschutz
- Teil B: Leistungsbeschreibung, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage B01 Ortsmitte Bierbach Gesamtplanung
 - o Anlage B02 Bierbach Parkstraße - Abschlussbericht
 - o Anlage B03 Bierbach Parkstraße - Auswertung
 - o Anlage B04 FWGH Bierbach_Lageplan
 - o Anlage B05 FWGH Bierbach+Blickweiler_EG
 - o Anlage B06 FWGH Bierbach+Blickweiler_OG
- Teil C: Architektenvertrag
- Teil D: Teilnahmeantrag, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage D01: Referenzblatt
 - o Anlage D02: Nachunternehmerverzeichnis
 - o Anlage D03: Verpflichtungserklärung
 - o Anlage D04: Bewerbungsgemeinschaftserklärung
- Teil E: Angebotsschreiben², mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage E01: Preisblatt

¹ Genderhinweis: Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich das generische Maskulinum verwendet. Die Stadt Blieskastel schließt damit alle Geschlechter gleichberechtigt ein.

² Diese Unterlagen werden erst in der Angebotsphase zur Verfügung gestellt.



- Anlage E02: Änderungs- bzw. Verhandlungsvorschläge³

Unternehmen haben sich **unmittelbar** nach dem Erhalt der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern und diese auch auf etwaige Unklarheiten hin zu überprüfen. Bestehen nach Auffassung eines Unternehmens in den Vergabeunterlagen Unklarheiten, Lücken oder Widersprüche, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Dies gilt auch für sonstige auftretende Fragen und Probleme, insbesondere wenn die Vergabeunterlagen Fragen aufwerfen, die für die Erstellung des Angebots relevant sein können.

Der Auftraggeber stellt Unterlagen im Rahmen des Vergabeverfahrens **ausschließlich** in elektronischer Form zur Verfügung. Sollten sich Dateien als beschädigt oder nicht zu öffnen erweisen, haben Unternehmen den Auftraggeber hierüber umgehend zu informieren. Die betreffenden Unterlagen werden dann schnellstmöglich erneut zur Verfügung gestellt. Unternehmen sind daher aufgefordert, umgehend nach Erhalt der Vergabeunterlagen zu prüfen, ob die Unterlagen vollständig und die Dateien zu öffnen sind.

C. Vergabeverfahrensart

Das Vergabeverfahren wird als **EU-weites Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb** gemäß § 119 Abs. 5 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und § 17 der Vergabeverordnung (VgV) durchgeführt.

D. Ablauf des Vergabeverfahrens

Als erste Stufe des Vergabeverfahrens führt der Auftraggeber einen öffentlichen **Teilnahmewettbewerb** durch, in welchem er auf Basis der in der **Auftragsbekanntmachung** sowie in **Anlage A01 und Anlage A02** genannten Kriterien jene Unternehmen auswählt, die er zur Abgabe von Erstantgebots und zu Verhandlungen auffordert. **Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs werden keine Angebote abgegeben.**

In der zweiten Stufe des Vergabeverfahrens fordert der Auftraggeber die über den Teilnahmewettbewerb ausgewählten Unternehmen unter Fristsetzung zur Abgabe eines Erstangebotes auf (**Angebotsphase**). Im Rahmen der anschließenden **Verhandlungsphase** kann der Auftraggeber mit den Bietern über die Leistungsinhalte, Preise und Vertragsbedingungen unter Beachtung der Gebote von Transparenz und Gleichbehandlung verhandeln. **Der Auftraggeber behält sich gemäß § 17 Abs. 12 VgV vor, die Verhandlungen in verschiedenen Phasen abzuwickeln, um so die Zahl der Angebote, über die verhandelt wird, anhand der Zuschlagskriterien (Anlage A03) zu verringern.**

Nach Beendigung der Verhandlungsphase bittet der Auftraggeber die Bieter um Abgabe verbindlicher, finaler Angebote. Bis zur finalen Angebotsabgabe kann im Rahmen der Verhandlungsphase

³ Wichtiger Hinweis: Anlage E02 entfällt im Rahmen der Abgabe finaler Angebote, da dann keine Änderungs-/Verhandlungsvorschläge mehr entgegengenommen werden.



über Leistungen, Preise, Vertragsbedingungen und den Lösungsvorschlag verhandelt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, unter Berücksichtigung der Verhandlungen Änderungen am Leistungsinhalt und den vertraglichen Regelungen vorzunehmen.

Die finalen Angebote werden unter Berücksichtigung der **Zuschlagskriterien (Anlage A03)** gewertet und eine Rangfolge der Bieter gebildet. Der Auftraggeber wird den Zuschlag auf das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl nach diesen Kriterien erteilen.

E. Zeitplan und Fristen des Vergabeverfahrens

Der Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge (**Teilnahmeantragsfrist**) richtet sich nach den Angaben **in der Auftragsbekanntmachung**. Fragen innerhalb des Teilnahme- wettbewerbs sind bis spätestens **sechs Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist** zu stellen, damit der Auftraggeber die Fragen noch rechtzeitig im Sinne von § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 VgV beantworten kann.

Der Auftraggeber beabsichtigt nach derzeitiger Planung, an dem in **der Auftragsbekanntmachung** genannten Tag die Aufforderungen zur Abgabe von Erstangeboten an die ausgewählten Bieter zu versenden. Der Auftraggeber behält sich vor, diesen Zeitpunkt bei Bedarf zu verschieben. **Bewerber müssen grundsätzlich zu jedem Zeitpunkt nach Ablauf der Teilnahmeantragsfrist damit rechnen, zur Abgabe von Erstangeboten aufgefordert zu werden, ggf. auch vor oder nach dem in der Auftragsbekanntmachung genannten Tag.**

In der Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten wird der Auftraggeber den Schlusstermin für den Eingang der Angebote (**Angebotsfrist**) bekanntgeben. Die Länge der Frist richtet sich dabei nach § 17 Abs. 6 bis 9 VgV. Fragen innerhalb der Angebotsphase werden bis spätestens **sechs Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist** zu stellen sein, damit der Auftraggeber die Fragen noch rechtzeitig im Sinne von § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 VgV beantworten kann.

Den Ablauf der Verhandlungsphase, insbesondere die Termine der Verhandlungsgespräche, wird der Auftraggeber den Bietern rechtzeitig bekanntgeben.

Die Bewerber/Bieter werden gebeten, sich diesen Termin (für den vorgesehenen Projektleiter und stellv. Projektleiter) bereits vorzumerken. Die Präsentation des Angebots muss durch den Projektleiter und dessen Stellvertretung durchgeführt werden. Der Auftraggeber kann eine Präsentation durch andere Personen ablehnen.

Grundsätzlich müssen Bieter zu jedem Zeitpunkt nach Ablauf der Angebotsfrist damit rechnen, dass sie vom Auftraggeber zu einem Verhandlungsgespräch eingeladen werden.



Die für die Abgabe von Folgeangeboten bzw. des finalen Angebots im Rahmen der Verhandlungsphase geltenden Fristen wird der Auftraggeber im Einzelfall unter Beachtung der Gebote von Transparenz und Gleichbehandlung festlegen und den Bietern mitteilen.

Bieter sind bis zum Ablauf des **in der Auftragsbekanntmachung** genannten Tages (**Bindefrist**) an ihr Angebot gebunden. Der Auftraggeber behält sich bei Bedarf vor, im Rahmen der Abgabe von Folgeangeboten bzw. des finalen Angebots neue Bindefristen festzulegen oder bei Bedarf Bieter um Zustimmung zur Verlängerung der Bindefrist zu bitten.

Nach Abschluss der Angebotswertung wird der Auftraggeber entsprechend § 134 Abs. 1 GWB die Bieter informieren, deren Angebote nicht für den Zuschlag vorgesehen sind (**Vorabmitteilung**) und nach Ablauf der gesetzlichen **Wartefrist** gemäß § 134 Abs. 2 GWB den Zuschlag erteilen.

F. Elektronische Abwicklung

Der Auftraggeber wickelt das gesamte Vergabeverfahren in elektronischer Form über die Vergabeplattform DTVP ab. Insbesondere erfolgen die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Unternehmen sowie die Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten **ausschließlich in elektronischer Form** über den Projektraum des Verfahrens. Die elektronische Teilnahme an Vergabeverfahren sowie die Registrierung für die E-Vergabeplattform sind für Unternehmen vollständig kostenfrei.

Um sicherzustellen, dass Unternehmen automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen informiert werden und die Antworten auf Fragen anderer Unternehmen erhalten, sollten sie sich auf der Vergabeplattform für das Vergabeverfahren registrieren (freiwillige Registrierung). **Es obliegt ausschließlich dem Unternehmen, durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass das bei der Registrierung angegebene E-Mail Postfach kontinuierlich überwacht wird.**

Ohne Registrierung kann der Erhalt vorstehender Informationen nicht gewährleistet werden. Unternehmen, die von der Möglichkeit der freiwilligen Registrierung keinen Gebrauch machen, müssen sich selbstständig im Projektraum auf der Vergabeplattform informieren, ob Vergabeunterlagen zwischenzeitlich geändert wurden oder ob der Auftraggeber Fragen zum Vergabeverfahren beantwortet hat. **Das Risiko, einen Teilnahmeantrag oder ein Angebot auf Grundlage veralteter Vergabeunterlagen oder Informationen abzugeben, liegt ohne erfolgte Registrierung beim Unternehmen.** Die Registrierung für die Vergabeplattform ist für Unternehmen vollständig kostenfrei.

G. Hinweise zur eingesetzten Verschlüsselung und Zeiterfassung

Die elektronischen Angebote bzw. Teilnahmeanträge werden innerhalb des Bietertools auf dem Rechner des Bieters (lokal) zusammengestellt, mit den entsprechenden Schlüsseln des Vergabeverfahrens mit Hilfe hybrider Verschlüsselungsverfahren Ende-zu-Ende verschlüsselt, mit den vorgegebenen Signaturinformationen versehen und in Form sogenannter OSCI-Nachrichten (über das OSCI-Protokoll) zu einem "Vermittler", dem sogenannten Intermediär, übertragen. Mit Abschluss der



Übertragung wird innerhalb des Bietertools eine umfangreiche Zusammenfassung der Abgabe zum Download und weiteren Aufbewahrung zur Verfügung gestellt.

Der "Vermittler" sorgt für eine sichere Aufbewahrung der verschlüsselten Angebote bzw. Teilnahmeanträge vor Ablauf der entsprechenden Frist (z.B. Angebotsfrist), ergänzt die Meta-Informationen zum Angebot mit dem notwendigen Zeitstempeln und führt die erforderlichen Signaturprüfungen inkl. Quittungsmechanismen durch.

Der sogenannte E-Angebotsservice übernimmt die Registrierung und Bereitstellung der elektronischen Angebote bzw. Teilnahmeanträge gegenüber der Vergabepattform. Wie auch der Intermediär, kann der E-Angebotsservice auf Grund der Ende-zu-Ende Verschlüsselung zu keinem Zeitpunkt auf die Inhalte der elektronischen Angebote bzw. Teilnahmeanträge zugreifen.

Erst mit Ablauf der entsprechenden Frist und nach einem erfolgreichen 4-Augen-Login durch zwei berechnigte Nutzer der Vergabestelle innerhalb der Vergabepattform, werden die verschlüsselten elektronischen Angebote bzw. Teilnahmeanträge mit den korrespondierenden Schlüsseln zusammengebracht, entschlüsselt und zur weiteren Auswertung für die Vergabestelle bereitgestellt.

H. Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist **Deutsch**. Sämtliche Kommunikation zwischen Unternehmen und dem Auftraggeber wird auf Deutsch geführt. Teilnahmeanträge, Angebote und sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache zu fassen. Soweit Unterlagen in nicht-deutscher Sprache vorgelegt werden, sind deutsche Übersetzungen beizufügen, sofern der Auftraggeber hierauf nicht verzichtet; eine Beglaubigung der Übersetzung kann gefordert werden.

I. Unklarheiten, Fragen, Rügeobliegenheit

Fragen innerhalb des Vergabeverfahrens können ausschließlich über das Kommunikationsmodul im Projektraum der vom Auftraggeber genutzten Vergabepattform gestellt werden und werden im Rahmen von Rundschreiben über die Vergabepattform beantwortet. **Fragen, die auf anderem Wege (insbesondere telefonisch, per Fax oder E-Mail) gestellt werden, werden nicht beantwortet.** Die Fragen werden anonymisiert, gesammelt und im Rahmen von Mitteilungen an alle auf der Vergabepattform für das Verfahren registrierten Unternehmen beantwortet.

Unternehmen haben den Auftraggeber unverzüglich auf etwaige Unvollständigkeiten, Ungenauigkeiten oder Rechtsverstöße hinzuweisen, damit der Auftraggeber rechtzeitig und unter Beachtung der Grundsätze von Transparenz und Gleichbehandlung aller Unternehmen angemessen reagieren kann. Fragen und Hinweise zu den Vergabeunterlagen und zum Auftragsgegenstand sind von etwaigen Rügen deutlich zu trennen.

Erkennt ein Unternehmen einen Verstoß gegen Vergabevorschriften im vorliegenden Vergabeverfahren, ist dies innerhalb von 10 Tagen gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Unabhängig hiervon müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die bereits aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe von Teil-



nahmeanträgen bzw. Angeboten gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen ebenfalls innerhalb dieser Frist gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. **Werden diese Obliegenheiten nicht beachtet, ist ein Antrag auf Nachprüfung gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 3 GWB unzulässig.**

Teilt der Auftraggeber auf eine Rüge eines Unternehmens mit, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann hiergegen ein Antrag auf Nachprüfung bei der zuständigen Vergabekammer gestellt werden. Der Antrag ist unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach dem Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

J. Datenschutz

Die von Unternehmen gegebenenfalls im Verlauf des Vergabeverfahrens erbetenen personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des Datenschutzrechts im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Mit der Teilnahme am Vergabeverfahren erklären sich Unternehmen hiermit einverstanden. Soweit Unternehmen im Rahmen des Vergabeverfahrens dem Auftraggeber personenbezogene Daten von Dritten (Mitarbeiter, Nachunternehmer, Mitglieder einer Bietergemeinschaft, Referenzgeber) übermitteln, sind sie für das Vorliegen der jeweils erforderlichen datenschutzrechtlichen Einwilligung der Dritten selbst verantwortlich. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden sich in der **Anlage A04**.

K. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit

Sämtliche vom Auftraggeber im Vergabeverfahren zur Verfügung gestellten Unterlagen dürfen nur zur Einreichung eines Teilnahmeantrages bzw. eines Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder eine Weitergabe an Dritte ist unzulässig. Unternehmen haben – auch nach Beendigung des Verfahrens – über alle im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren bekannt gewordenen Informationen und dienstliche Angelegenheiten des Auftraggebers Stillschweigen zu bewahren. Vorstehende Verpflichtungen erstrecken sich auch auf Nachunternehmer und sonstige Dritte.

L. Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten

Für die Abgabe der Teilnahmeanträge und Angebote sind **ausschließlich** die Formblätter in **Teil D bzw. Teil E** der Vergabeunterlagen zu verwenden. Bitte verzichten Sie darauf, über die in diesen Teilen geforderten Anlagen und Nachweise hinaus weitere Unterlagen beizufügen.

Teilnahmeanträge und Angebote sind **ausschließlich** durch Upload digitaler Dokumente/Scans (vorzugsweise PDF-Dateien) über den Projektraum auf der vom Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform abzugeben. Andere Übermittlungswege (etwa Post, E-Mail, Fax oder eine „einfache“ Bieternachricht über das Kommunikationsmodul der Vergabeplattform) sind **nicht** zulässig und führen zum Ausschluss des Angebots.

Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge und Angebote werden nicht berücksichtigt. Für die
Teil A: Verfahrensbedingungen



Rechtzeitigkeit des Eingangs ist der vollständige Upload maßgeblich. Der vollständige Eingang übermittelter elektronischer Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen wird mit einem **qualifizierten oder einem einfachen elektronischen Zeitstempel dokumentiert**. Ist ein verspäteter Eingang nachweislich durch Umstände verursacht worden, die das Unternehmen nicht zu vertreten hat, kann auch ein verspätet eingegangener Teilnahmeantrag bzw. ein verspätet eingegangenes Angebot berücksichtigt werden. Die Darlegungs- und Beweislast hierfür liegt beim Unternehmen.

M. Eignungskriterien, Nachweise

Der Auftraggeber wird die Eignung der Bewerber im Sinne von § 122 GWB anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Kriterien prüfen. Die Kriterien sowie die zum Nachweis verlangten Unterlagen sind außerdem im Einzelnen nochmals in **Anlage A01** dargestellt. Soweit der Auftraggeber Formblätter für die geforderten Angaben vorgibt, befinden sich diese in **Teil D** der Vergabeunterlagen.

N. Auswahl der Unternehmen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden

Der Auftraggeber beabsichtigt, **mindestens 3 und maximal 5 Bewerber** zur Abgabe von Erstangeboten aufzufordern (§ 51 Abs. 3 VgV). Voraussetzung hierfür ist, dass die Eignungskriterien (siehe **Auftragsbekanntmachung** sowie **Anlage A01**) einschließlich der Mindestanforderungen erfüllt sind. Wenn mehr als 5 geeignete Bewerber vorhanden sind, wird anhand der Auswahlkriterien in **Anlage A02** eine Rangfolge gebildet; es werden nur die 5 bestplatzierten Bewerber zur Abgabe von Erstangeboten aufgefordert.

Ist nach Bildung der Rangliste entsprechend der Auswahlkriterien die Zahl der Unternehmen immer noch zu hoch, entscheidet das Los (§ 75 Abs. 6 VgV).

Sofern die Anzahl der Bewerber, welche die Eignungskriterien erfüllen, weniger als drei beträgt, kann der Auftraggeber das Verfahren fortführen, indem er den oder die Bewerber zur Abgabe von Erstangeboten auffordert, welche die Kriterien erfüllen.

O. Nachunternehmer

Bewerber haben in dem Nachunternehmerverzeichnis (**Teil D, Anlage D02**) anzugeben, ob und ggf. welche Teile der Leistung sie an Nachunternehmer weitergeben wollen. **Das Nachunternehmerverzeichnis ist auch dann auszufüllen und abzugeben, wenn kein Nachunternehmereinsatz vor- gesehen ist.**

P. Eignungsleihe

Sollte ein Bewerber die Eignungskriterien nur dadurch erfüllen können, dass er ein anderes Unternehmen einbezieht (Eignungsleihe), so hat er **mit dem Teilnahmeantrag** seine Verfügung über die Ressourcen des anderen Unternehmens sowie das Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe bei diesem Unternehmen mittels einer Verpflichtungserklärung (**Teil D, Anlage D03**)



nachzuweisen.

Q. Bewerber-/Bietergemeinschaften

Für **Bewerbergemeinschaften** muss ein gemeinsamer Teilnahmeantrag abgegeben werden. Der Name der Bewerbergemeinschaft sowie ein bevollmächtigter Vertreter sind anzugeben (siehe **Teil D** der Vergabeunterlagen). Der Auftraggeber weist darauf hin, dass von einer (späteren) Bietergemeinschaft eine gesamtschuldnerische Haftung verlangt wird. Hierzu ist **mit dem Teilnahmeantrag** die Bewerbergemeinschaftserklärung (**Teil D, Anlage D04**) in von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft rechtsverbindlich unterzeichneter Form abzugeben.

Mit Abgabe eines Erstangebots wird die Bewerbergemeinschaft zur **Bietergemeinschaft**. Für Bietergemeinschaften muss ein gemeinsames Angebot abgegeben werden. Änderungen an der Zusammensetzung einer **Bietergemeinschaft** gegenüber der Zusammensetzung als **Bewerbergemeinschaft** sind unzulässig und können zum Ausschluss des Angebots vom Vergabeverfahren führen.

R. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen

Bis zum Ablauf der jeweiligen Abgabefrist sind Änderungen, Ergänzungen und Berichtigungen eines Teilnahmeantrages oder eines Angebotes ausschließlich über den Projektraum auf der vom Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform möglich. Das gleiche gilt für eine eventuelle Rücknahme.

S. Anforderungen an die Teilnahmeanträge und Angebote

Teilnahmeanträge und Angebote müssen vollständig sein und alle geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Teilnahmeanträge und Angebote, die nicht die geforderten oder ggfs. nachgeforderten Erklärungen und Nachweise enthalten, werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, von Bewerbern bzw. Bietern unter Einhaltung des Transparenz- und Gleichbehandlungsgebotes gemäß § 56 Abs. 2 VgV Unterlagen nachzufordern. **Ein Anspruch auf Nachforderung von Unterlagen besteht jedoch nicht.**

Allgemeine Geschäfts-/Vertragsbedingungen der Bieter werden nicht akzeptiert. Werden solche vom Bieter beigelegt oder wird darauf im Angebot Bezug genommen, kann dies zum Ausschluss des Angebotes führen. Das gleiche gilt für Angebote, die unter Vorbehalt abgegeben werden, oder bei denen sonstige Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden.

Teilnahmeanträge und Angebote müssen der **Textform gemäß § 126b BGB** entsprechen und den Namen des Erklärenden unmissverständlich erkennen lassen.

T. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss

Über den Zuschlag wird der Auftraggeber anhand der Zuschlagskriterien gemäß **Anlage A03** entscheiden.



Mit dem Zuschlag kommt der Architektenvertrag (Teil C), ggf. in der im Rahmen der Verhandlungsphase erstellten finalen Fassung, zustande. Eine ggf. später erfolgende Vertragsunterzeichnung hat nur deklaratorische Wirkung und dient der Dokumentation der mit Zuschlag geschlossenen Vereinbarungen.

U. Vergütung für die Teilnahme am Verfahren

Der Auftraggeber gewährt keine Vergütung bzw. Kostenerstattung für die Erstellung der Bewerbungs- und Angebotsunterlagen und die Teilnahme am Vergabeverfahren.

V. empfohlene Ortsbesichtigung in der Angebotsphase

Den zur Erstangebotsabgabe aufgeforderten Unternehmen wird empfohlen, die von den Planungsleistungen betroffenen Liegenschaften zu besichtigen.

W. Hinweis auf Luftbildauswertung

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass das Büro EXPLOSERV Fachplanung GmbH aus Frankfurt am Main im Auftrag des Auftraggebers die Luftbildauswertung (**Anlagen B02 und B03**) erstellt hat und insoweit im Falle einer Beteiligung am Vergabeverfahren als vorbefasst anzusehen ist.



Anlage A01: Eignungskriterien

Der Auftraggeber prüft die Eignung der Bieter anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Eignungskriterien, die hier nochmals im Überblick dargestellt werden. Soweit der Auftraggeber zur Erklärung Formblätter vorgibt, befinden sich diese in **Teil D der Vergabeunterlagen**.

#	Kriterium	Mindestanforderung
1	<p>Jahresumsatz</p> <p>Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers in den Jahren 2023 bis 2025 (insgesamt und aus Leistungen im Bereich der Objektplanung Gebäude/Innenräume mit mindestens durchschnittlichen Anforderungen entsprechend Honorarzone III nach Anlage 10 zu § 34 Abs. 4, 35 Abs. 7 HOAI).</p> <p>Der Auftraggeber behält sich vor, zum Nachweis der Richtigkeit der Angaben ergänzende Unterlagen anzufordern, z. B. (testierte) Jahresabschlüsse oder Bestätigungen eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters.</p>	<p>Der durchschnittliche Jahresumsatz (netto) der Jahre 2023 bis 2025 aus Leistungen im Bereich der Objektplanung Gebäude/Innenräume mit mindestens durchschnittlichen Anforderungen entsprechend Honorarzone III nach Anlage 10 zu § 34 Abs. 4, 35 Abs. 7 HOAI) muss mindestens 300.000 EUR betragen.</p>
2	<p>Haftpflichtversicherung</p> <p>Eigenerklärung zum Bestehen bzw. der Bereitschaft zum Abschluss einer branchenüblichen Vermögensschadenhaftpflichtversicherung</p>	<p>Versicherungssummen für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mindestens 3 Mio. EUR, mindestens zweifach im Jahr zur Verfügung stehend.</p>
3	<p>Referenzleistungen</p> <p>Eigenerklärungen über mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare frühere Aufträge.</p>	<p>Es sind mindestens zwei abgeschlossene (= vollständige Erbringung der LP 8) Referenzleistungen über vergleichbare frühere Aufträge vorzulegen.</p> <p>Die Referenzprojekte dürfen nicht älter als 15 Jahre sein.</p> <p>Gegenstand des Referenzauftrages müssen mindestens die Grundleistungen der LP 2 bis 8 gem. Anlage 10.1 zu § 34 Absatz 4, § 35 Absatz 7 HOAI gewesen sein.</p>



		<p>Die Baukosten (KG 300-400) müssen je Referenz mind. 1.000.000 EUR netto betragen haben.</p> <p>Mindestens eine der im Übrigen vergleichbaren Referenzen muss dabei ein Gebäude aus dem Sonderbau sein mit mindestens durchschnittlichen Anforderungen entsprechend Honorarzone III nach Anlage 10 zu § 34 Abs. 4, 35 Abs. 7 HOAI zum Gegenstand haben.</p>
4	<p>Personalstand</p> <p>Eigenerklärung zum Personalstand im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2023 bis 2025, gegliedert nach Büroinhabern/Geschäftsführern, Architekten/Ingenieure/innen und kaufmännischen/technischen Mitarbeitern.</p>	
5	<p>Projektleitung</p> <p>Eigenerklärung zum/zur vorgesehenen Projektleiter/in und stellv. Projektleiter/in unter Angabe von Name, beruflicher Qualifikation und Berufserfahrung in Jahren.</p>	Für die als Projektleiter/in vorgesehene Person ist ein Nachweis der Berufszulassung als Architekt/-in nach dem jeweils einschlägigen Landesrecht erforderlich.
6	<p>Angaben zum Nachunternehmereinsatz</p> <p>Eigenerklärung dazu, ob und ggf. welche Leistungen an Nachunternehmer übertragen werden sollen.</p>	
7	<p>Gesetzliche Ausschlussgründe</p> <p>Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne von §§ 123, 124 GWB sowie ggf. Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 GWB.</p>	
8	<p>Ausschlussgründe gemäß Verordnung (EU) 2022/576</p>	



	Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576.	
9	Abgabe einer Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung nach dem STFLG	



Anlage A02: Auswahlkriterien

Zur Auswahl der zur Abgabe von Erstangeboten aufgeforderten Unternehmen wertet der Auftraggeber die Angaben der Unternehmen im Teilnahmeantrag (**Teil D der Vergabeunterlagen**) aus und vergibt die folgenden Punktzahlen:

#	Kriterium	Bewertungsmaßstab	Punktzahlen
1	Anzahl vergleichbarer Referenzleistungen, die Sonderbauten betreffen.	Anzahl der vom Bewerber mit Form- blatt D01 vorgelegten vergleichbaren Referenzleistungen, die Sonderbauten betreffen.	1-2 = 5 Punkte 3-4 = 10 Punkte 5-6 = 15 Punkte Über 6 = 20 Punkte
2	Anzahl vergleichbarer Referenzleistungen mit einem Bauvolumen (KG 300 – 400) von mehr als 1 Mio. EUR netto.	Anzahl der vom Bewerber mit Form- blatt D01 vorgelegten vergleichbaren Referenzleistungen mit einem Bauvolumen (KG 300 – 400) von mehr als 1 Mio. EUR netto.	1-2 = 5 Punkte 3-4 = 10 Punkte 5-6 = 15 Punkte Über 6 = 20 Punkte
4	Berufserfahrung Projektleiter	Dauer der Berufserfahrung des vorgesehenen Projektleiters in Jahren.	Bis 5 Jahre = 5 Punkte Bis 10 Jahre = 10 Punkte Bis 15 Jahre = 15 Punkte Über 15 Jahre = 20 Punkte
5	Berufserfahrung stellv. Projektleiter	Dauer der Berufserfahrung des vorgesehenen stellv. Projektleiters in Jahren.	Bis 5 Jahre = 5 Punkte Bis 10 Jahre = 10 Punkte Bis 15 Jahre = 15 Punkte Über 15 Jahre = 20 Punkte

Hinsichtlich der vorgenannten Kriterien 1 bis 2 kann eine Referenzleistung mehrfach herangezogen werden.

Die in den einzelnen Kriterien erzielten Punktzahlen werden addiert (Gesamtpunktzahl maximal 100). Zum Verfahren siehe **Teil A, Abschnitt N.**



Anlage A03: Zuschlagskriterien

Die Wertung der Angebote erfolgt anhand folgender Zuschlagskriterien:

Kriterium/Unterkriterium	Maximal erreichbare Punktzahl
1. Vergütung	
1.1. Gesamthonorar	450
1.2. Stundensätze für zusätzlich beauftragte Leistungen	50
2. Organisationskonzept	250
3. Projektumsetzungskonzept	250
Gesamt	1000

Die Punktwerte der einzelnen Unterkriterien sowie die Gesamtpunktzahl werden ggf. auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet. Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl.

1. Vergütung

Gewertet werden die im Preisblatt (**Teil E, Anlage E01**) von den Bietern eingetragenen Angaben in zwei Unterkriterien.

1.1. Gesamthonorar

Es wird das Gesamthonorar für sämtliche Leistungen gewertet (Nettobetrag). Das Angebot mit dem niedrigsten Gesamthonorar erhält die Maximalpunktzahl 450. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen nach folgender Formel:

$$Punktzahl = 450 \times \left(2 - \frac{\text{Gesamthonorar}}{\text{Niedrigstes Gesamthonorar}} \right)$$

Angebote mit dem 2-fachen des niedrigsten Gesamthonorars oder höher erhalten damit eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben. Ein Angebot, das rechnerisch eine negative Punktzahl erhalten würde, erhält 0 Punkte.

1.2. Stundensätze für zusätzlich beauftragte Leistungen

Es wird der einfache Durchschnittswert der Stundensätze für zusätzlich beauftragte Leistungen gewertet. Das Angebot mit dem niedrigsten Durchschnittswert erhält die Maximalpunktzahl 50. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen nach folgender Formel:



$$Punktzahl = 50 \times \left(2 - \frac{\text{Durchschnittswert}}{\text{Niedrigster Durchschnittswert}} \right)$$

Angebote mit dem 2-fachen des niedrigsten Durchschnittswerts oder höher erhalten damit eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben. Ein Angebot, das rechnerisch eine negative Punktzahl erhalten würde, erhält 0 Punkte.

2. Organisationskonzept

Bieter haben in einem Organisationskonzept darzustellen, wie sie sich die Bearbeitung der beauftragten Leistungen in organisatorischer Hinsicht vorstellen. Sie sollen dabei möglichst konkret erläutern, wie sie die Organisation des Projektes, den Personaleinsatz und die Kommunikation mit dem Auftraggeber gestalten wollen. Das Organisationskonzept muss Darstellungen zu folgenden Aspekten beinhalten:

- **Qualifikation der Projektleitung:** Im Konzept sind die für die Projektleitung vorgesehenen Personen (Leitung und Stellvertretung) namentlich zu benennen und deren berufliche Qualifikation und persönliche Referenzprojekte (insbesondere Tätigkeit als bauüberwachender Objektplaner), idealerweise im Bereich der Planung von Gebäuden im Sonderbau, darzustellen. Der Auftraggeber legt Wert auf eine Besetzung der Projektleitung mit qualifiziertem Personal, das persönlich über umfassendes einschlägiges Wissen und entsprechende praktische Erfahrungen verfügt.
- **Organisation des für die Auftragsausführung vorgesehenen Personals:** In dem Projektumsetzungskonzept ist die Personaleinsatzplanung unter Benennung der Mitarbeitenden, ihrer Aufgaben, der Verfügbarkeit und Auslastung in anderen Projekten, sowie Vertretungsregelungen und Schnittstellen im Falle von Personalwechseln darzustellen. Der Auftraggeber legt Wert auf eine sachgerechte Organisation und durchgängige Besetzung des Projekts mit ausreichenden Personalkapazitäten.
- **Kommunikation mit dem Auftraggeber / Präsenz vor Ort:** Darzustellen sind die Kommunikationswege zur Abstimmung mit dem Auftraggeber und den weiteren Projektbeteiligten / Fachplanern. Es ist ferner darzustellen, wie und in welchem Umfang der Bieter seine Präsenz vor Ort sicherstellen würde, insbesondere zur Wahrnehmung seiner Aufgaben im Rahmen der Bauüberwachung. Der Auftraggeber erwartet eine regelmäßige persönliche Präsenz auf der Baustelle, einen regelhaften Kommunikationsprozess mit dem Auftraggeber und den weiteren Projektbeteiligten und eine möglichst umfassende Erreichbarkeit des Auftragnehmers, in dringenden Fällen auch außerhalb der üblichen Geschäftszeiten.

Gewertet werden die Ausführungen, die von den Bietern mit dem Angebot abgegeben werden, unter Einbeziehung der Erläuterungen durch die Bieter in den Verhandlungen.



Die Angebote werden im Verhältnis zueinander bewertet (sog. relative Angebotswertung). Das Angebot, das im Vergleich zu den anderen Angeboten die Erwartungen des Auftraggebers am besten erfüllt, erhält die Maximalpunktzahl 250. Die weiteren Angebote erhalten geringere Punktzahlen entsprechend des Umfangs ihrer Abweichung zum besten Angebot. Erfüllen mehrere Angebote die Erwartungen des Auftraggebers in gleichwertigem Maße, erhalten sie die identische Punktzahl.

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Bestes Angebot	250
Angebot weicht in sehr geringem Umfang negativ vom besten Angebot ab	200
Angebot weicht in geringem Umfang negativ vom besten Angebot ab	150
Angebot weicht in mittlerem Umfang negativ vom besten Angebot ab	100
Angebot weicht in großem Umfang negativ vom besten Angebot ab	50
Angebot weicht in sehr großem Umfang negativ vom besten Angebot ab	0

3. Projektumsetzungskonzept

Bieter haben in einem Projektumsetzungskonzept darzustellen, wie sie sich die Bearbeitung der beauftragten Leistungen vorstellen. Bieter sollen dabei möglichst konkret erläutern, mit welchen Methoden bzw. welchen Herangehensweisen sie die Erwartungen des Auftraggebers erfüllen wollen.

(Hinweis: Der Auftraggeber erwartet vor dem Hintergrund, dass für die Beteiligung am Vergabeverfahren keine Vergütung gewährt wird, keine Erstellung von Lösungsskizzen / grafischen Konzeptideen, ersten zeichnerischen Umsetzungsvorschlägen o. ä.. Sofern Bieter zur Verdeutlichung ihrer konzeptionellen Darstellungen gleichwohl hierauf zurückgreifen, wird hierdurch kein Honoraranspruch begründet.)

Das Projektumsetzungskonzept muss Darstellungen zu folgenden Aspekten beinhalten

- **Allgemeine planerische Herangehensweise:** In dem Projektumsetzungskonzept ist die konkret auf das in Rede stehende Vorhaben bezogene Herangehensweise des Bieters, nicht zuletzt auch in der Umsetzung der Vorstellungen und Wünsche von Seiten des Auftraggebers, darzustellen. Der Auftraggeber legt Wert auf eine umfassende, gleichzeitig aber zielführende, effiziente Einbindung der Beteiligten auf Seiten der Stadt in den Planungsprozess. Gleichzeitig werden Ausführungen dazu erwartet, wie der Bieter die Koordinierung der verschiedenen, noch gesondert vom Auftraggeber zu beauftragenden Planungsbeteiligten und deren Planungsbeiträge durchführen will. Darzustellen sind auch die Methoden des Bieters zur Einhaltung des Terminplanes.



- **Maßnahmen zur Kosten- und Termineinhaltung:** Der Auftraggeber erwartet eine Darstellung der vom Bieter vorgesehenen Maßnahmen zur Einhaltung der Kostenziele und der vereinbarten Termine.
- **Nachhaltigkeit der Planung:** Der Auftraggeber erwartet Darstellungen des Bieters zur Nachhaltigkeit der Planung im Hinblick auf die zu erwartenden Unterhaltungs- und Fol-gekosten des Gebäudebetriebs. Ferner ist darzustellen, wie der Bieter im Rahmen sei-ner Planungen auf mögliche künftige bauliche Erweiterung und Nutzungsänderungen eingehen würde.
- **Berücksichtigung der Energieeffizienz und des Klimaschutzes:** Der Bieter stellt dar, welche Maßnahmen er im Rahmen der Planung zur Sicherstellung der Energieeffizienz des neu zu errichtenden und des umzubauenden Gebäudes berücksichtigen würde. Der Auftraggeber legt insoweit Wert auf eine Bauweise, die einen möglichst ressourcenschonenden Betrieb des Gebäudes ermöglicht.

Gewertet werden die Ausführungen, die von den Bietern mit dem Angebot abgegeben werden, unter Einbeziehung der Erläuterungen durch die Bieter in den Verhandlungen.

Die Angebote werden im Verhältnis zueinander bewertet (sog. relative Angebotswertung). Das Angebot, das im Vergleich zu den anderen Angeboten die Erwartungen des Auftraggebers am besten erfüllt, erhält die Maximalpunktzahl 250. Die weiteren Angebote erhalten geringere Punktzahlen entsprechend des Umfangs ihrer Abweichung zum besten Angebot. Erfüllen mehrere Angebote die Erwartungen des Auftraggebers in gleichwertigem Maße, erhalten sie die identische Punktzahl.

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Bestes Angebot	250
Angebot weicht in sehr geringem Umfang negativ vom besten Angebot ab	200
Angebot weicht in geringem Umfang negativ vom besten Angebot ab	150
Angebot weicht in mittlerem Umfang negativ vom besten Angebot ab	100
Angebot weicht in großem Umfang negativ vom besten Angebot ab	50
Angebot weicht in sehr großem Umfang negativ vom besten Angebot ab	0



Anlage A04: Informationen zum Datenschutz

A. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutz-Information gilt für die Datenverarbeitung im Rahmen des vorliegenden Verfahrens durch die Stadt Blieskastel, Paradeplatz 5, 66440 Blieskastel. Den behördlichen Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen erreichen Sie über folgende Kontaktdaten:

Stadt Blieskastel
Datenschutzbeauftragter Herr Jürgen Dukar
Paradeplatz 5
66440 Blieskastel
Telefon: 06842 / 926 1110
E-Mail: datenschutz@blieskastel.de

B. Datenerfassung

Wenn Sie an dem Vergabeverfahren teilnehmen, werden folgende im Teilnahmeantrag oder Angebot genannten Daten des Bewerbers/Bieters, seiner Mitarbeiter sowie sonstiger Personen (z. B. Ansprechpartner eines Referenzgebers) erfasst:

- Anrede, Vorname, Nachname, (von Ansprechpartnern)
- eine gültige E-Mail-Adresse
- Anschrift
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Angaben zur persönlichen Eignung (Studium/Ausbildung, Abschlüsse, Noten, Fortbildungen)
- Vertragsbeziehungen

Die Erhebung dieser Daten erfolgt zur Abwicklung der Vergabe und zur Anbahnung des Vertragsverhältnisses nach Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Die für das Vertragsverhältnis durch den Auftraggeber erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zu dessen Beendigung gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von vergabe-, haushalts-, steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten eine längere Speicherung verpflichtend ist oder die Betroffenen in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit a DSGVO eingewilligt haben.

C. Übermittlung an Dritte

Eine Übermittlung persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.



Der Verantwortliche gibt die personenbezogenen Daten nur an Dritte weiter, wenn:

- dazu nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit a DSGVO eine ausdrückliche Einwilligung erteilt worden ist,
- die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse des Betroffenen an der Nichtweitergabe der Daten besteht,
- für den Fall, dass für die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit c DSGVO eine gesetzliche Verpflichtung besteht, sowie
- dies gesetzlich zulässig und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Vertragsverhältnissen erforderlich ist.

D. Betroffenenrechte

Betroffene haben das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft der Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangt werden;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung der beim Auftraggeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung der beim Verantwortlichen gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten vom Betroffenen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, der Betroffene aber deren Löschung ablehnen und der Verantwortliche die Daten nicht mehr benötigt, der Betroffene diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt oder gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat;
- gemäß Art. 20 DSGVO die personenbezogenen Daten, die uns bereitgestellt worden sind, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen;



- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber dem Verantwortlichen zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortgeführt werden darf;
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können sich Betroffene hierfür an die Aufsichtsbehörde ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes wenden.

E. Widerspruchsrecht

Sofern personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Betroffene das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben oder sich der Widerspruch gegen Direktwerbung richtet. Im letzteren Fall haben Betroffene ein generelles Widerspruchsrecht, das ohne Angabe einer besonderen Situation umgesetzt wird. Zur Geltendmachung des Widerrufs- oder Widerspruchsrechts genügt eine E-Mail an den Verantwortlichen.